



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

---

*Haushaltsausschuss*

---

**2013/2157(INI)**

23.1.2014

# STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zum Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:  
Jahreswachstumsbericht 2014  
(2013/2157(INI))

Verfasserin der Stellungnahme(\*): Angelika Werthmann

(\* ) Assoziierter Ausschuss – Artikel 50 der Geschäftsordnung

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. stellt fest, dass sich der Jahreswachstumsbericht 2014 nur unwesentlich von der Fassung 2013 unterscheidet; bedauert daher erneut, dass die Kommission keine neuen Vorschläge dazu vorgelegt hat, welche Rolle der EU-Haushalt dabei spielen kann, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen, um die Ziele von Europa 2020 zu erreichen;
2. betont, dass der Jahreswachstumsbericht 2014 den Beginn des Europäischen Semesters 2014 markiert, bei dem es sich um einen Überwachungsmechanismus handelt, der eingerichtet wurde, um sicherzustellen, dass die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren im Stabilitäts- und Wachstumspakt, in länderspezifischen Empfehlungen und in der Strategie Europa 2020 festgelegten Verpflichtungen bleibt;
3. bedauert, dass die Kommission es versäumt hat, dem Europäischen Parlament einen umfassenden Bericht über die Umsetzung des im Juni 2012 vereinbarten Pakts für Wachstum und Beschäftigung vorzulegen;
4. verweist auf den Beginn des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2014 und betont, wie wichtig die zügige und effektive Umsetzung der neuen Programme auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten ist, damit diese Programme zur wirtschaftlichen Erholung beitragen können; fordert eine besonders zügige Umsetzung von Programmen wie Horizont 2020, COSME und Erasmus +; betont, dass diese Programme mit größeren Anfangsanstrengungen in Bezug auf einzelstaatliche Investitionsmaßnahmen eine Hebelwirkung und eine Synergie- und Katalysatorfunktion ausüben;
5. weist erneut darauf hin, dass der raschen, effektiven und ordnungsgemäßen Umsetzung der Programme mit größeren Anfangsanstrengungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sicherzustellen, insbesondere in Bezug auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;
6. fordert die Kommission auf, einen regelmäßig aktualisierten Anzeiger zur Umsetzung der neuen Programme zur Verfügung zu stellen, der einen Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht, um sachkundigere Entscheidungen bezüglich der Ausgabenprioritäten durch die Haushaltsbehörde unter Berücksichtigung von beobachtbaren Trends zu ermöglichen;
7. fordert die Mitgliedstaaten auf, die von der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellten zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen und von der neuen Initiative für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die im Januar 2014 eingeleitet werden soll, sowie von den neuen innovativen Finanzinstrumenten wie Projektanleihen umfassend Gebrauch zu machen;
8. betont die Tatsache, dass die geringe Höhe der Mittel für Zahlungen und die knappe Obergrenze für Zahlungen wesentliche Probleme für den EU-Haushalt bleiben, die

besonders starke negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Erholung haben, da durch Zahlungsverzögerungen primär den direkten Empfängern geschadet wird; betont darüber hinaus, dass diese geringe Höhe der Zahlungen im Haushaltsplan der EU für 2014 in völligem Widerspruch steht zu den von den Rechtssetzungsorganen vereinbarten Maßnahmen zur zeitweiligen Erhöhung der Kofinanzierungssätze für EU-Programme unter gemeinsamer Verwaltung in den Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind; weist erneut darauf hin, dass im Hinblick auf die Umsetzung ein ordnungsgemäßer Fortschritt der Zahlungen sichergestellt werden muss, um eine anormale Verschiebung noch abzuwickelnder Mittelbindungen („RAL“) auf den Haushaltsplan 2015 zu verhindern, und dass in diesem Zusammenhang, soweit angebracht, die verschiedenen in der MFR-Verordnung enthaltenen Flexibilitätsmechanismen genutzt werden müssen; beabsichtigt, seine eingehende Überwachung der Gesamtsituation bei den Zahlungen fortzusetzen, insbesondere in Bezug auf den sehr hohen Betrag an Zahlungen, der für den Abschluss der Programme des vorhergehenden MFR noch benötigt wird;

9. bedauert einmal mehr, dass die Mitgliedstaaten ihren Beitrag zum EU-Haushalt nach wie vor als Anpassungsvariable für ihre Konsolidierungsbemühungen ansehen, was wiederum zu einer künstlichen Verringerung der im EU-Haushalt verfügbaren Zahlungen führt; fordert die Kommission auf, diesen wiederkehrenden und gefährlichen Trend bei der Beurteilung der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten vollständig zu berücksichtigen und konkrete Maßnahmen zu seiner Umkehrung vorzuschlagen;
10. verweist auf seine Ansicht, dass die Haushaltslage der Mitgliedstaaten durch ein neues System von Eigenmitteln zur Finanzierung des EU-Haushalts verbessert werden kann, durch das der BNE-Beitrag gesenkt wird, was es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Konsolidierungsbemühungen erfolgreich verlaufen zu lassen, ohne die EU-Finanzierung für Investitionen in wirtschaftliche Erholung und Reformmaßnahmen zu gefährden; betont daher, welche Bedeutung es der neuen Hochrangigen Gruppe zu Eigenmitteln beimisst, die zu einer wirklichen Reform der Finanzierung der EU führen sollte;
11. bedauert die Tatsache, dass im Laufe des letzten Jahres bei der Diskussion über eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“ keine wirklichen Fortschritte erzielt wurden, und bekräftigt erneut seine Überzeugung, dass das Europäische Semester nur wirklich Erfolg haben kann, wenn es in die Gemeinschaftsmethode integriert wird und die nationalen Parlamente ordnungsgemäß einbezogen werden;
12. weist erneut darauf hin, dass eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Mechanismus einhergehen sollte, der auf Anreizen basiert; ist der Ansicht, dass jegliche zusätzliche Finanzierung oder Instrumente wie ein Solidaritätsmechanismus ein integraler Bestandteil des EU-Haushalts sein müssen, aber über die vereinbarten MFR-Obergrenzen hinausgehen müssen;
13. ist der Ansicht, dass sich die Demokratisierung des Europäischen Semesters und der wirtschaftspolitischen Steuerung im Allgemeinen durch die starke Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente verbessert hat; ist trotzdem der Ansicht, dass in Bezug auf parlamentarische Kontrolle weitere Verbesserungen erforderlich sind, um die notwendige demokratische Legitimität und Rechenschaftspflicht

für im Rahmen des Semesters getroffene Entscheidungen, die direkte Auswirkungen auf das Leben der europäischen Bürger haben, sicherzustellen;

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	22.1.2014
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+: 25 -: 1 0: 2
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Richard Ashworth, Zuzana Brzobohatá, Jean-Luc Dehaene, Isabelle Durant, José Manuel Fernandes, Věra Flasarová, Eider Gardiazábal Rubial, Salvador Garriga Polledo, Ivars Godmanis, Lucas Hartong, Monika Hohlmeier, Sidonia Elżbieta Jędrzejewska, Ivailo Kalfin, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, George Lyon, Jan Mulder, Juan Andrés Naranjo Escobar, Andrej Plenković, Dominique Riquet, László Surján, Helga Trüpel, Oleg Valjalo, Derek Vaughan, Angelika Werthmann
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Maria Da Graça Carvalho, Peter Šťastný, Georgios Stavrakakis